



augenauf Bern

Quartiergasse 17
3013 Bern
bern@augenauf.ch

Medienmitteilung von augenauf Bern vom 15. Dezember 2009

Zivilstandesamt kollaboriert mit der Polizei – Recht auf Heirat faktisch ausser Kraft gesetzt

Für Angela und Hasan (Namen geändert) sollte der 14. Dezember eine grosse Erleichterung sein: Die beiden waren auf dem Zivilstandsamt Kreis Bern zur Festlegung ihres Heiratstermins eingeladen. Aus dem vermeintlichen Glück wurde allerdings ein Albtraum. Die Polizei lauerte ihnen im Zivilstandesamt auf und verhaftete Hasan mit tatkräftiger Unterstützung der ZivilstandesbeamtInnen.

Hasan lebt seit etwas mehr als einem Jahr in der Schweiz und lernte hier Angela kennen. Die beiden verliebten sich und beschlossen zu heiraten. Allerdings lebt Hasan ohne gültige Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz, was gemäss Ausländergesetz ein Straftatbestand ist. Nichtsdestotrotz ist er ein Mensch und hat somit das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen (zumindest noch so lange die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention anerkennt). So weit so gut: Die beiden leiteten ein Ehevorbereitungsverfahren ein und erschienen mehrmals auf dem Zivilstandesamt. Nachdem alle Dokumente eingereicht und geprüft waren, sollte das Paar am 11. Dezember ein letztes Mal erscheinen, um den Heiratstermin festzulegen. Bereits bei diesem Termin warteten im Empfangsraum zwei Polizeibeamte in Zivil. Den Verlobten war bewusst, dass die Polizei Hasan trotz seines Rechts auf Heirat theoretisch jederzeit festnehmen kann und verhielten sich entsprechend vorsichtig. So ging Angela vor, erkannte die Polizisten und konnte ihren Verlobten rechtzeitig warnen.

Angela erhielt einen neuen Termin für den 14. Dezember, zu dem sie aus Sicherheitsgründen alleine erschien. Die Standesbeamtin beharrte auf das gemeinsame Vorsprechen der Verlobten und garantierte Hasan am Telefon mehrmals, dass die Polizei nicht anwesend sein werde. Als Hasan dreissig Minuten später in das Büro trat, informierte die Sachbearbeiterin am Empfang die im Nebenraum seit über einer Stunde wartenden Polizisten über dessen Ankunft. Die Beamten schritten sofort zur Tat und führten Hasan wie einen Schwerverbrecher in Handschellen ab. Dabei liess Hasan sich nichts anderes zu Schulden kommen, als sich ohne Bewilligung in der Schweiz aufzuhalten.

Dieses Vorgehen ist an Hinterhältigkeit kaum zu übertreffen: Einerseits hat das Zivilstandespersonal die Polizei über den Termin informiert. Darüber hinaus hat die Standesbeamtin Hasan belogen und ihn wissentlich in eine Falle gelockt und der Polizei ausgeliefert. Eine solche Kaltblütigkeit verschlägt uns schlichtweg die Sprache. Mit dieser Praxis ist das Recht auf Heirat für illegalisierte Personen faktisch bereits abgeschafft.

StandesbeamtInnen sind dazu da, den Ehemilligen zu ihrem Recht auf Heirat zu verhelfen. Einmal mehr wurde diese Funktion nicht wahrgenommen und die Eheschliessung enorm erschwert, wenn nicht sogar verhindert. Augenauf Bern stellt immer wieder fest, dass es im Zivilstandeswesen im Zusammenhang mit illegalisierten Personen zu Kompetenzüberschreitungen und Funktionsverwechslungen kommt. Solche Zustände sind unhaltbar und einer Demokratie in keinsten Weise würdig.

Wir fordern die Zivilstandesämter auf, sich auf ihr Kerngebiet zu beschränken – nämlich das Verheiraten von Ehemilligen – und die Polizeiarbeit der Polizei zu überlassen.